

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Testament?  
Erbvertrag?  
Stiftungen?  
Hausverkauf?**

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten. Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG  
DR. DREHER & PARTNER AG  
8702 Zollikon / beim Bahnhof  
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

KEINE RICHTER- UND BEAMTENWILLKÜR

## Kampf der Einschweizerungsdiktatur

Unter dem erhabenen Titel «Vereinheitlichung der Einbürgerungsvoraussetzungen» verkauft, entpuppt sich der Entwurf zu einem neuen kantonalen Bürgerrechtsgesetz als differenzierungsfähiger Einbürgerungszwang von Arbeitslosen, IV-Rentnern, ehemaligen Asylbewerbern und angeblich geläuterten Kriminellen. Der Zürcher Regierung kann es offenbar gar nicht schnell genug gehen mit der Überfremdung.

Kernpunkt des neuen Erlasses des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes ist der Rechtsanspruch auf den Pass, der bei Vorliegen gewisser Voraussetzungen einhergeht. Die Gemeinde darf zwar die Aufnahme in die schweizerische Staatsangehörigkeit ablehnen, muss den Entscheid indes begründen. Der Einbürgerungswillige vermag sich dann durch alle Instanzen klagen, ein richterliches Urteil soll dann angeblich weniger willkürlich sein als das der Bevölkerung – so viel Unfehlbarkeitsanmassung muss für Juristen sein.

Wie stossend ein Richterspruch sein kann, zeigt das Beispiel Buchs AG. Dort verweigerte die Gemeinde einer Muslimin das Bürgerrecht, weil sie stets ein Kopftuch trug. Auf ihre Beschwerde hin haben die Richter den Buchsern weisgemacht, wie kleingeistig es doch sei, solche frauenfeindlichen Symbole für eine Ablehnung heranzuziehen und der bekopftuchten Dame den Pass in die Hand gedrückt.

Verzeichnete das Jahr 1991 noch 5872 Neubürger, waren es 2008 landesweit 45 305. Jedes Jahr werden 0,7 Prozent der ganzen Landesbevölkerung Neu-Schweizer. Viele davon sind straffällig geworden oder ins soziale Netz gefallen. Um diese Folgen zu tragen, sind dann die Bürger und Gemeinden offenbar gerade wieder mündig genug.

### Kriminelle und ihr Anspruch auf Einbürgerung

Die Formulierung «Bewerber dürften keine Vorstrafen aufweisen» macht den Anschein, dass keine Kriminellen mehr eingebürgert werden können. Man täusche sich nicht: Seit der von der SVP bekämpften Strafgesetzbuch-Revision weisen die meisten Urteile bedingte oder teilbedingte Strafen auf, die nach Ablauf der allerhöchstens fünf Jahre dauernden Probezeit aus dem Strafregister verschwinden. Praktisch jeder Erstdelinquent erhält heute eine bedingte Strafe mit rund zwei Jahren Probezeit. Sind diese abgelaufen, hat er einen behördlichen Persilschein



BARBARA STEINEMANN  
KANTONSRÄTIN SVP  
WATT-REGENSDORF

und den Zugang zum Bürgerrecht. Offenbar versteht der Regierungsrat so was ernsthaft unter «Rechtsordnung beachten». Für derartige Straftäter sieht jene SVP-Volksinitiative, um welche die bunte Anti-SVP-Koalition momentan einen Eiertanz macht, die Ausschaffung vor.

Selbst kriminellen Jugendlichen scheint der Kanton mit dem roten Pass hinterher zu rennen: Bereits nach drei beziehungsweise in schweren Fällen fünf Jahren dürfen junge Straftäter einen Antrag stellen, sodass der kriminelle Nachwuchs der Ausländer hier ihre Karrieren unbekümmert als Schweizer fortsetzen können.

Fürsorgeabhängige vom Pass ausschliessen – wie unmenschlich. Sozialhilfebezug vermindert keineswegs die Chancen, der Anwärter muss sich einfach etwas in Geduld üben; die Wartefrist beträgt drei Jahre. Die «wirtschaftliche Erhaltungsfähigkeit» sei auch mit dem Bezug von Arbeitslosengeldern und IV-Renten kompatibel, schliesslich bestehe ein Rechtsanspruch auf diese Gelder.

Mit dem neuen Gesetz einher geht auch die Schaffung einer neuen Wortschöpfung, der sog. «Integrationsvermutung». Nach Ablauf der vom Bundesrecht geforderten zwölfjährigen

Anwesenheit unterstellt der Staat die gelungene Integration.

Die Leute würden ihre Kinder in die Schule schicken, am Erwerbsleben teilnehmen und hätten «im schweizerischen Umfeld zu bestehen», schreibt der Regierungsrat in seiner Weisung zum Gesetz. Es obliegt also der Gemeinde, das Gegenteil zu beweisen, andernfalls die Integration automatisch als gelungen zu betrachten ist. Wer behauptet, alle zwölf Jahre lang Anwesenden seien automatisch den hiesigen Verhältnissen angepasst, betritt das Reich der Fantasie. Diese Mindestwohnsitzdauer läuft auch während einer vorläufigen Aufnahme, ja sogar während dem Asylverfahren. Die Bedeutung dieses Umkehrschlusses ist nicht zu unterschätzen. Dass wir mittlerweile massenweise Menschen bei uns beherbergen, die in völlig anderen sozialen Mustern leben, wird gänzlich ausser Betracht gelassen.

### Für total integrationsdefizitäre Migranten: Der Härtefall-Paragraf

Aber damit auch die völlig integrationsresistenten Zuwanderer den Pass erwerben können, haben die Liebmenschen in der Verwaltung zusätzlich noch den «Härtefall»-Paragrafen eingebaut, und zwar nicht in einer Kann-, sondern einer Muss-Formulierung, und natürlich entscheidet auch hier am Schluss der Richter. Einbürgerungswillige werden offenbar so intensiv gejagt wie nie. Schliesslich sollen all die bildungsfernen, fürsorgeabhängigen, geistig zurückgebliebenen, also jene, denen unsere Sozialarbeiter liebevoll «Integrationsdefizite» bescheinigen, auch Schweizer werden. Es stellt sich hier die umgekehrte Frage, wessen Bewerbung denn eigentlich abgelehnt werden darf.

Ein Novum ist auch, dass die Gesuche nicht mehr vorgängig publiziert werden – jetzt ist Datenschutz angesagt. Während sich jeder Bauherr mit der Pflicht konfrontiert sieht, nach Publikation seiner Absichten eine Einsprachefrist samt Rechtsmittelzug ab-

## Parolen zur Volksabstimmung vom 7. März 2010

### Eidgenössische Vorlagen

Den Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen

NEIN

Die Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere» (Tierschutzanwaltschaft-Initiative)

NEIN

Die Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; Mindestumwandlungssatz)

JA

zuwarten und über sich ergehen zu lassen, scheint bei Einbürgerungswilligen eine Veröffentlichung plötzlich alle Menschenrechte in schwerster Weise zu verletzen.

Die rechtlichen Unterschiede zwischen Schweizern und Ausländern sind heute minimal, bestehen neben dem Stimm- und Wahlrecht im diplomatischen Schutz im Ausland, dem Ausweisungsverbot und natürlich der Militärdienstpflicht. Welche Behörde Einbürgerungen vornimmt, kann die Kommune frei bestimmen. Es ist die Tendenz festzustellen, dass diese Zuständigkeit nach und nach an eine Gemeinderatsdelegation übertragen wurde. Die Gründe dazu sind jedoch nicht immer qualitativ erstklassig: In Regensdorf hat der Stimmbürger enternert dem Gemeinderat die Kompetenz übertragen, nachdem an einer Gemeindeversammlung bereits Eingebürgerte aus fernen Kulturkreisen, welche die Versammlung extra für dieses Traktandum aufgesucht und in Überzahl ihren Kulturverwandten den Pass beschert hatten.

### Linksideologie-konformes Anspruchsdenken

Ausländer werden heute von der Bevölkerung sehr differenziert wahrgenommen. Eigenleistungen, Bildung, Engagement mit Mitmenschen, Arbeiten und Steuern zahlen; genau darauf legen erfahrungsgemäss die kommunalen Behörden und vor allem der Stimmbürger wert.

Das spielt aber im Entwurf zum neuen Bürgerrechtsgesetz überhaupt keine Rolle. Die Einbürgerung ist nicht an den Willen gekoppelt, sich in der neuen Heimat erfolgreich zu etablieren, mit diesem neuen Erlass kommt die übliche gutmenschliche Anspruchshaltung zum Ausdruck, wonach den Ausländern pauschal alles zu bieten sei.

So kann der Staat die Massen von Einwanderern unter anderer Kategorie verwalten, um anschliessend alle Probleme schönzureden. Im politischen Kampf können die Stimmen der Neubürger für die rotgrüne Machtmehrung entscheidend sein, insbesondere eröffnet sich in absehbarer Zeit mit den 200 000 hier lebenden Deutschen ein gewaltiges Wählerpotenzial. Diese Instrumentalisierung der Staatsangehörigkeit ist verwerflich. Die SVP wird nach der kantonsrätlichen Beratung dieses kantonalen Bürgerrechtsgesetzes nicht um ein Referendum herumkommen.

**RE/MAX Plus**  
Immobilien

**Denken Sie an den Verkauf Ihrer Immobilie?**  
Nutzen Sie die Chance mit einem loyalen, kompetenten Immobilienmakler über Ihre Verkaufsabsichten zu diskutieren. Mein Angebot an Sie: **Fragen und ein Informationsgespräch kostet Sie nichts!**  
Ich freue mich, Sie bei einem unverbindlichen Gespräch kennenzulernen!

Bahnhofplatz 1, 8910 Affoltern a.A.  
Tel. 043 817 18 22  
luki.sutter@remax.ch

**Neu in Ihrer Region:**  
24-Stunden-Betreuung  
in den eigenen 4 Wänden

**I-W-A In Würde altern**  
Tel. 0041 (0) 844 55 44 33  
Fax 0041 (0) 844 55 44 00  
E-Mail: info@I-W-A.ch  
WWW.I-W-A.CH

**Schreinerei Hanspeter Rütschi**

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf  
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01  
www.schreinerei-ruetschi.ch  
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessenanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

**Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.**

**Kostenlos Probeschlafen**

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

**wideg ag**  
Industriestrasse 25, 8625 Gossau  
Tel 044 935 25 46  
info@wideg.ch  
www.wideg.ch

**Sparen Sie bei den Hypotheken! Wir sagen Ihnen wie.**

**HypothekenBörse AG**  
Finanzierungsberatung für Private und Firmen

Uster-West 18  
Postfach 430, CH-8610 Uster  
Telefon 043 366 53 53  
Fax 043 366 55 83  
info@hypotheken-boerse.ch  
www.hypotheken-boerse.ch

Clever finanzieren.  
**HYPOTHEKENBÖRSE AG**

## Karriere eines Sprachrohrs



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Er ist's. Peter Hasler heisst der neue Post-Präsident.

Kaspar Villiger und Peter Arbenz standen ausnahmsweise nicht zur Verfügung. Es handle sich beim 63-Jährigen nicht um eine «Übergangslösung», sagte Post-Minister Leuenberger. Er könne bis zum 70. Altersjahr an der Spitze der Post bleiben. Wir erschauern beim Gedanken, welche Grenze der gleichaltrige Leuenberger wohl seinem eigenen Wirken setzt.

Für Hasler spreche sein «breites Netz». Tatsächlich. Er ist Mitbegründer einer SP-Sektion. Und FDP-Mitglied. Und Gatte einer grünen Konsumentenschützerin. Und WWF-Stiftungsrat. Und x-facher Verwaltungsrat. Und Lenker eines Solarmobils. Was Hasler aber hauptsächlich für die Post-Spitze qualifiziert, sind seine wilden Ausfälle gegen die SVP («Die haben nichts und niemanden»). «Die SVP grenzt an Sabotage» und sei «an der Grenze zur totalitären Partei» – wütete der Grenzgänger. Das SVP-Programm führe «das Land in den Abgrund», die SVP erinnere mit ihrer «Volksverhetzung» an die «dreissiger Jahre in Deutschland». «Wie kann ein Unternehmer bei der SVP noch eine Heimat finden?», fragte Hasler, der keine einzige Stunde seines Lebens Unternehmer war.

Beim Amtsantritt als Arbeitsberedirektor forderte Hasler 1993 ein «Moratorium» beim Sozialausbau. Während seiner Tätigkeit sind die Sozialausgaben von 89,3 auf 137,3 Milliarden angestiegen. Dank Haslers gütiger Mithilfe, etwa bei der flächendeckenden Mutterschaftsversicherung («Persönlich bin ich dafür, ja»). Genauso befürwortete er staatliche Beschäftigungs- und Bildungsprogramme oder staatlich finanzierte Krippenplätze. Suva-Vizepräsident Hasler stützte auch die IV-Politik mit ihrer Kostenverdreifachung.

Dieses Wirken erklärt, warum höchste privatwirtschaftliche Verbandsvertreter heute ihre Laufbahn problemlos in der Staatswirtschaft fortsetzen. Auch von Economiesuisse-Chef Gerold Bühler war ja bei der Post-Nachfolge die Rede. Solche Karriereaussichten verhindern die notwendigen pointierten Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände gegenüber der ausufernden Staatstätigkeit. Statt überzeugter und überzeugender Wirtschaftsstimmen hören wir rückgratlose Söldner, die sich – wie Peter Hasler – heute schamlos von früheren Aussagen über Vasellas Novartis-Salär distanzieren. Und stolz verkünden: «Ich bin nur das Sprachrohr.»

## AUSWIRKUNGEN DER PERSONENFREIZÜGIGKEIT

### Geplünderte Sozialwerke

Die Idee der Personenfreizügigkeit ist eigentlich klar. Wer Arbeit bei uns oder in einem EU-Staat findet, soll dorthin ziehen können, weil er dort seinen Lebensunterhalt verdienen kann. Nun zeigt die Erfahrung aber: Auch wenn jemand die Arbeit verliert, kann er praktisch ungehindert bleiben – mit entsprechenden Kostenfolgen.



KURT SPILLMANN  
STADTRAT SVP  
DÜBENDORF

Obwohl rechtlich möglich, ist meines Wissens noch kein einziger EU-Bürger im Kanton Zürich wegen fortdauernder Arbeitslosigkeit weggewiesen worden. Viele dieser Personen landen direkt bei der Sozialhilfe. Die Sozialhilfekosten in den Gemeinden steigen massiv weiter an, infolge dieser Unterlassung.

#### Katastrophale Auswirkungen

Die Auswirkungen sind katastrophal. Allein in der Stadt Dübendorf sind innerhalb eines Jahres die Anzahl ausländischer Sozialhilfebezüger um 24 Prozent angestiegen (2008 = 209 Personen, 2009 = 259 Personen). Wurden im Jahre 2008 in Dübendorf noch knapp 900 000 Franken Steuergelder für die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe an Ausländer ausgegeben, sind es ein Jahr später knapp 1,7 Millionen oder mehr als 88 Prozent.

Die Fallzahlen und Kosten bei den Ausländern nehmen weiterhin massiv

zu. (Familiennachzüge, Leistungsfähigkeit ungenügend, Leistungsdruck zu hoch, schlechte Bildung usw.)

Ferner gibt es immer mehr ausländische Familien mit erzieherischen Problemen. Die Kinder haben in der Schule Probleme und landen anschliessend bei der Vormundschaft. Folge davon sind Sonderpädagogische Schulmassnahmen und Fremdplatzierungen in Heimen und deren Anschlusslösungen.

#### Ungenügende SKOS-Richtlinien

Solange die Sozialhilfekosten nach den heute gültigen SKOS-Richtlinien berechnet und bezahlt werden, ist sicher kein einziger ausländischer Sozialhilfeempfänger bereit, dieses Land freiwillig zu verlassen. Nicht arbeiten in der Schweiz bringt einer vierköpfigen Familie ca. achtmal mehr ein, als arbeiten, beispielsweise in der Slowakei. Infolge solch gewaltiger Wohlstandsunterschiede ist eine massiv steigende Völkerwanderung nicht aufzuhalten.

Ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 12 Jahre wird bei uns mit Fr. 4425.00/mtl. unterstützt (verbindliche SKOS-Tarife). Selbstverständlich steu-

erfrei. Wenn man von der Bezahlung der Kopfsteuern absieht.

Zusätzlich werden die Kosten für Krankenkassen-Franchise, Krankenkassen-Selbstbehalte (10%), Hausrat- und Haftpflichtversicherungen übernommen. Ebenso werden die Kosten für situationsbedingte Leistungen, wie Zahnarztkosten, Therapien, Kosten für Hort und Krippen, sozialpädagogische Familienbegleitungen sowie Fremdplatzierungen mit Ihrem Steuergeld zusätzlich finanziert.

Als Vergleich: Eine allein erziehende Mutter, welche im Verkauf arbeitet (100%), mit zwei Kindern verdient netto Fr. 3800.00. Sie bezahlt sämtliche situationsbedingten Leistungen selbst, Krankenkasse, Miete und selbstverständlich auch Steuern. Sie hat demnach bedeutend weniger, als wenn sie den ganzen Tag zuhause sitzen würde und sich nach SKOS-Tarifen unterstützen liesse.

Sozialhilfe ist Einkommensersatz (Nothilfe), der in einer Arbeitsgesellschaft fühlbar unter dem Minimaleinkommen liegen muss, wenn die Grundwerte der Selbsthilfe weiterhin gelten sollen.

Mit dem parlamentarischen Vorstoss der SVP, eingereicht im Zürcher Kantonsrat, wird der Regierungsrat beauftragt, die SKOS-Richtlinien dahingehend zu ändern, dass dieser Missstand korrigiert wird. Wir erwarten, dass sich der Regierungsrat von seiner bisherigen Verteidigungsstrategie der gültigen SKOS-Richtlinien verabschiedet und sich mit den Mängeln, die dieses System aufweist, befasst.

#### Missbrauchbekämpfung konsequent weiterverfolgen

Trotz den momentanen «fürstlichen» Leistungen der Sozialhilfe nehmen die Missbräuche ständig zu. Missbrauch wird auch immer wieder genannt im Zusammenhang mit der Sozialhilfe. Das ist auch in Dübendorf nicht anders. Dübendorf war es wichtig, bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Missbrauch konsequent vorzugehen (Massnahmen wurden bereits 2002 eingeführt).

Das beste und erfolgreichste Instrument zur Missbrauchsbekämpfung ist der regelmässige Kontakt zu den Klienten und das immer wieder das Einfordern von Unterlagen. Im Weiteren werden zusätzliche Kontrollen in Dübendorf angeordnet, entweder durch Detektive oder es werden Kontrollen zuhause oder im Stadtgebiet durchgeführt. Die Massnahmen in der Missbrauchsbekämpfung zeigen in Dübendorf seit längerer Zeit beachtliche Erfolge.

## ENTSCHEID DES BUNDESVERWALTUNGSGERICHTS

### Kein Platz für Willkür

Nach dem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts zum rechtswidrigen Amtshilfeabkommen zwischen der Schweiz und den USA mangelt es nicht an Vorschlägen wie das für den Bundesrat entstandene Problem gelöst werden könnte.



MARTIN BALTISSER  
GENERALSEKRETÄR  
SVP SCHWEIZ

Gefordert ist nun in erster Linie der Bundesrat selber, und dieser schweigt. Inakzeptabel sind für die SVP Ansätze, welche Unrecht mit entsprechender neuer Rechtssetzung im Nachhinein zu Recht machen wollen. Dies wäre Willkür und kommt für einen Rechtsstaat nicht in Frage.

#### Willkürstaat übelster Prägung

Die Lösung des mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts entstandenen Problems sei einfach. Bundesrat und Parlament müssten die Rechtsgrundlage anpassen und dem rechtswidrigen Vertrag zwischen der Schweiz und den USA zur Herausgabe von Kundendaten im Nachhinein eine ausreichende Rechtsgrundlage geben. Ein solches Vorgehen kommt für die SVP schon aus grundsätzlichen Überlegungen nicht in Frage. Ein Staat, der Gerichtsentscheide über Not- oder Dringlichkeitsrecht im Schnellver-

fahren korrigiert, ist ein Willkürstaat übelster Prägung. Aussagen wie jene des FDP-Präsidenten, der sich faktisch auf den Standpunkt stellt, der Zweck heilige die Mittel und der Bundesrat habe deshalb im vergangenen Sommer richtig gehandelt, indem er das Gesetz gebrochen hat, zeugen von einer bedenklichen Geringschätzung der Politik gegenüber unserem Rechtsstaat.

#### Fehler noch und noch

Eine weitere Unterlassung von Bundesrat und Parlament könnte uns in der aktuellen Situation noch teuer zu stehen

kommen. Die Politik hat es verpasst, nach dem Beinahe-Untergang der Grossbanken die Problematik der volkswirtschaftlichen Risiken, welche von den Grossbanken in Krisenzeiten ausgehen, konsequent anzugehen. Wir stehen heute noch immer ohne eine Lösung da, obwohl die SVP aber auch die Nationalbank mehrfach und mit Nachdruck wirkungsvolle Massnahmen gefordert haben und Vorschläge machten. So wird sich der Bund wohl auch dieses Mal gezwungen sehen, für die UBS die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Die Geprellten wären im aktuellen Fall nicht mehr nur die Bankkunden, deren Rechte mit der schrittweisen Abschaffung des Bankkundengeheimnisses durch den Bundesrat verraten und verkauft werden, sondern auch die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die zusehen müssen, wie die eigene Regierung den Rechtsstaat demontiert und damit das Landesinteresse grob missachtet.

## UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG ANGELAUFEN

### Steuern senken für alle Familien mit Kindern

Die SVP steht ohne Wenn und Aber zur Familie. Sie setzt sich für die Familien ein, welche die Kindererziehung ernst nehmen und diese eigenverantwortlich wahrnehmen. Es ist stossend, dass Mütter und/oder Väter, welche für die Erziehung der Kinder die volle Verantwortung übernehmen, steuerlich benachteiligt werden. Hausfrau und Mutter – oder auch Hausmann und Vater – darf in unserer Gesellschaft nicht weiter als minderwertig abgestempelt werden.



BRUNO ZUPPIGER  
NATIONALRAT SVP  
HINWIL

Mit der Lancierung der Familieninitiative fordert die SVP folgerichtig eine steuerliche Entlastung für alle Familien mit Kindern. Es darf nicht sein, dass nur Eltern steuerlich begünstigt werden, welche ihre Kinder fremd, oder besser gesagt, durch den Staat betreuen lassen. Damit werden Eltern, welche ihre Kinder in eigener Verantwortung betreuen, erniedrigt und benachteiligt. Das darf nicht akzeptiert werden.

#### Vorgesehene Steuerentlastungen sind verkraftbar

Die vom Parlament in der Herbstsession 2009 vorgeschlagenen Steuererleichterungen für die Fremdbetreuung von Kindern bis zu 10 000 Franken pro Jahr führen zu Steuererleichterungen von rund 360 Millionen Franken. Davon entfallen 17 Prozent auf die Kantone. Profitieren von den Massnahmen können jedoch nur jene Familien, wel-

che ihre Kinder gegen Entgelt fremd betreuen lassen. Eine schreiende Ungerechtigkeit!

Bedenken – insbesondere seitens der Kantone –, dass diese Initiative zu hohen Steuerausfällen führe – sind falsch. Die SVP-Initiative regelt nämlich nur den Grundsatz der Gleichbehandlung in der Verfassung. Es wird gefordert, dass bei einem möglichen Fremdbetreuungsabzug ein mindestens gleich hoher Eigenbetreuungsabzug gewährt werden muss. Auf Bundesebene bedeutet dies, dass der vom Parlament in der Herbstsession eingeführte Fremdbetreuungsabzug bei der direkten Bundessteuer in mindestens gleicher Höhe auch für die Selbstbetreuung gewährt wird. Gemäss Hochrechnungen würde ein Betreuungsabzug von rund Fr. 8000.– bei den direkten Bundessteuern für alle Familien, unabhängig ob die Kinder fremd beziehungsweise selber betreut werden, eine Steuersenkung von rund 400 Millionen Franken zur Folge haben – auch davon entfallen 17 Prozent auf die Kantone. Damit ist klar, dass ein Betreuungsabzug für alle durchaus verkraftbar wäre.

#### Absurde Argumente betreffend fiktive Einkommen

Die Verfechter der neuen Regelung, dass nur eine Fremdbetreuung steuerlich abzugsfähig sein soll, begründen dies damit, dass die Selbsterziehung von Kindern eine Leistung darstellt, welche eigentlich auch einem Einkommen entspricht (wenn dies eine Drittperson tun würde, hätte sie einen steuerbaren Lohn), welche nicht besteuert wird. Anders ausgedrückt: Es sei ungerecht, dass ein Doppelverdiener-Ehepaar mit Kindern für sein Doppelpfeinkommen mehr Steuern bezahlen muss, als eine Familie, in der nur ein Elternteil ein steuerliches Einkommen erzielt. Wenn man diese Argumente zulassen würde, wäre jede unbezahlte Tätigkeit (Kochen, Putzen, Rasen-

mähnen, Einkaufen, Bügeln, Freiwilligenarbeit, soziale und karitative Tätigkeiten, Engagement in Vereinen usw.) automatisch ein fiktives Einkommen, welches eigentlich besteuert werden müsste.

Wenn die Ungerechtigkeit zu hoher Steuern beseitigt werden soll, dann sollte als erstes die Heiratsstrafe (Progressionsstufen) konsequent aufgehoben werden. Es ist keine Lösung, eine bestehende Ungerechtigkeit (Progression bei Ehepaarbesteuerung) durch eine weitere Ungerechtigkeit (Steuerabzug nur für Fremdbetreuung) zu kompensieren.

Die SVP – und nicht etwa die CVP oder gar die FDP – ist die wahre Familienpartei! Sie steht zur traditionellen Familie mit Kindern und will diese auch fördern. Daher steht sie auch dafür ein, dass eben alle Familien mit Kindern steuerlich entlastet werden. Eine zunehmende Einnischung des Staates in die Erziehung der Kinder lehnt die SVP entschieden ab.

Sie unterstützt Familienmodelle, bei denen die Eltern ihre Verantwortung und Pflicht gegenüber ihren eigenen Kindern frei von staatlichen Eingriffen und Kontrollen wahrnehmen können.

#### Jetzt unterschreiben und Unterschriften sammeln!

Neben der Familieninitiative lancierte die SVP diese Woche die Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates». Unterstützen Sie die beiden Initiativen. Unterschriftenbögen sind erhältlich unter: sekretariat@svp-zuerich.ch, oder 044 217 77 66

## KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

### Debatte um den Entwicklungs- und Finanzplan 2011 bis 2014

Der Kantonsrat hat an drei Sitzungen vom Montag und Dienstag, dieser Woche, 28 Anträge zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2011 bis 2014 (KEF) behandelt. Ein Antrag wurde zurückgezogen und somit nicht diskutiert. Nur 13 der verbleibenden 27 Anträge fanden eine Mehrheit im Rat. Hier eine Auswahl der wichtigsten Anträge.



YVES SENN  
KANTONS RAT SVP  
WINTERTHUR

#### Opferhilfe

**René Isler** (SVP, Winterthur) verlangte, dass auf die Erhöhung der Beiträge an die Opferhilfe sowie Beiträge an private Institutionen und Beiträge an Beratungsstellen zu verzichten sei. René Isler betonte im Rat, dass Opferhilfebeiträge, wenn immer möglich durch die Täter bezahlt werden müssten. Zudem sei festzustellen, dass die Beratungsstellen für die Opferhilfe zunehmend untereinander konkurrenzieren. Dass man den Opfern zur Seite steht, hilft und für Recht sorgt, sei unbestritten, jedoch schlage ein zu grosser Teil der Kosten für die Administration zu Buche. Der Kantonsrat folgte dem Antrag mit 81 zu 76 Stimmen.

#### Gleichstellung

Ein Antrag von **Martin Farner** (FDP, Oberstammheim) verlangte, dass der Saldo der Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau ab 2011 und für die folgenden Jahre auf 1 Mio. Franken zu beschränken sei. Dies, da der Aufwand und der Beschäftigungsumfang dieser Fachstelle in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Eine Saldoreduktion von 200'000 Fr. sei deshalb vertretbar. **Ernst Meyer** (SVP, Andelfingen) betonte im Rat, dass in Zeiten mit eingeschränkten Finanzen auch hier eine Einschränkung angezeigt ist. Zudem dürfe man sich auch die Frage stellen, ob diese Fachstelle auch gleich ganz abgeschafft werden soll, da die Ziele weitgehend erreicht wurden. Der Rat folgte dem Antrag mit 95 zu 56 Stimmen.

#### Härtefallkommission

**René Isler** stellte den Antrag, die Personal- und Mietkosten für die Passzentren stabil zu halten, da diese Zentren lediglich Ersatz für die bisherigen Passbüros seien. Darüber hinaus seien keine Sitzungsgelder für die Härtefallkommission auszubehalten. Der Rat folgte dem Antrag mit 87 zu 74 Stimmen.

#### Ausgabenwachstum

Ein Antrag der FDP verlangte dass, der

Saldo des betrieblichen Aufwandes der Staatsrechnung für die Jahre 2011 bis 2014 auf dem Niveau des Budgets 2010 zuzüglich der jeweiligen Jahressteuerung festzulegen sei. Zudem sollen nicht beeinflussbare Aufwandsteigerungen aufgrund übergeordneten Rechts separat ausgewiesen und vom Kantonsrat im ordentlichen Budgetprozess beraten werden. Der Regierungsrat dürfe nicht über die gesetzlich vorgegebenen Minimalleistungen hinausgehen. **Hansueli Züllig** (SVP, Zürich) betonte, dass die FDP nun eingesehen habe, dass der betriebliche Aufwand nicht ins Unermessliche wachsen dürfe. Grundsätzlich ziele der Antrag in die richtige Richtung, jedoch seien zu viele Ausnahmen formuliert. Trotzdem lasse unsere Fraktion keine Gelegenheit aus, um das Ausgabenwachstum zu drosseln. Der Rat folgte dem Antrag mit 119 zu 55 Stimmen.

#### Übergewicht

Die Fraktionspräsidentin der Grünen verlangte die Streichung eines Legislaturziels zur Informationskampagne für einen gesunden Lebensstil. Konkret ging es um die Prävention gegen das Übergewicht. Die Kampagne gegen die Dicken sei eine neue Staatsmoral. Früher habe man den Rauchern den Kampf angesagt, heute seien die Dicken dran und morgen folgen dann Kampagnen gegen die Spiel- oder Sexsüchtigen. Die Kampagne «leichter leben» enthalte viele weise Sprüche und Projekte vom Säugling bis zum Erwachsenen. Die Kampagne mache Übergewichtige zu Tätern. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) betonte, dass er hinter den Aussagen der Grünen stehen könne. Selbstverständlich sei Prävention wichtig, jedoch nicht, wenn sie die Stossrichtung zur Umerziehung enthalte. Die Art und Weise wie uns die Verwaltung behandle, sei zu unterbinden. Der Rat folgte dem Antrag mit 116 zu 48 Stimmen.

#### Krankenkassenprämien

**Willy Haderer** forderte mit einem Antrag, dass die Beiträge an die individuelle Prämienverbilligung (IPV) auf der Höhe des Budgets 2010 von 394,9 Mio. Franken festgesetzt werden. **Willy Ha-**

**derer** betonte im Rat, dass die heutige Regelung, worin der Kanton Zürich 100 Prozent der Bundesgelder für die kantonalen Beiträge erheben müsse, unflexibel sei. Zudem habe der Regierungsrat dadurch auch keinen Handlungsspielraum, wenn in vielen anderen Bereichen gespart werden müsse. Der Regierungsrat wird damit aufgefordert, eine entsprechende Gesetzesänderung vorzulegen, welche eine Abgeltung z. B. in der Höhe von 70 bis 100 Prozent der Bundesgelder erlaubt. Damit sei es möglich, in Zukunft eine Budgetierung dieser Beiträge auch aus Sicht der Gesamtsituation zu beurteilen. Die heutige finanzielle Situation des Kantons Zürich verlange, dass es keine heiligen Kühe für Budgeteinschränkungen geben dürfe. Dem Regierungsrat sei es freigestellt, wie er das Geld auf die einzelnen Bezügergruppen verteile, darum treffe dieser Antrag nicht die Ärmsten. Ein Systemwechsel sei dringend anzugehen. Der Rat folgte dem Antrag mit 93 zu 79 Stimmen.

#### Schulprojekte

**Daniel Oswald** (SVP, Winterthur) forderte mit einem Antrag, die Anzahl strategischer Projekte mittelfristig auf maximal sieben parallel laufende zu reduzieren. Dies um die Aufwendungen im Bildungsbereich der finanziellen Lage im Kanton anzupassen. Dass nicht direkt bei der Bildung gespart werden muss, sollen die nicht dringenden Aufgaben reduziert werden. Durch diese Reduktion kann auf zusätzliche Stellen in der Bildungsverwaltung verzichtet und die Personalkosten der Bildungsverwaltung auf das Niveau von 2008 zurückgeführt werden. **Daniel Oswald** betonte, dass er schon vor einem Jahr eine fast gleiche KEF-Erklärung eingereicht habe. Die Argumente hätten sich nicht geändert und nach wie vor Gültigkeit. Die Volksschule brauche nach der Einführung des neuen Volksschulgesetzes eine Phase der Konsolidierung. Der Rat folgte dem Antrag mit 88 zu 84 Stimmen.

#### Selbstorganisiertes Lernen

**Walter Isliker** (SVP, Zürich) verlangte, dass das «Selbstorganisierte Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen» keine Kosten verursachen dürfe, welche nicht auch ohne dieses Projekt im kantonalen Beitrag an die Mittelschulen enthalten seien. Selbstorganisiertes Lernen müsse als pädagogisches Prinzip und didaktische Form den einzelnen Mittelschulen, Fachschaften und Lehrpersonen überlassen bleiben. Die Methodik hierzu gehöre zum didaktischen Rüstzeug einer Lehrperson, welches be-

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### Heilige Kuh auf grossem Fuss



MATTHIAS HAUSER  
KANTONS RAT SVP  
HÜNTWANGEN

Noch nie in den letzten Jahrzehnten waren die finanziellen Aussichten für den Kanton Zürich so schlecht wie heute. Für die Jahre 2011 bis 2013 sind Defizite zwischen 1,2 und 1,4 Milliarden Franken geplant, das Eigenkapital nimmt 5 Milliarden Franken ab – hätten wir nicht vor zwei Jahren die Liegenschaften höher bewertet, würde es ins Minus fallen. Dann gibt es drei Möglichkeiten: Erstens, der Kanton deckt die hohen Defizite mit Schulden, zweitens, die Steuern werden massiv erhöht oder drittens, der Kanton wird zahlungsunfähig, bankrott.

Keine dieser Möglichkeiten ist eine sinnvolle Perspektive: «Schulden machen» bedeutet, dass wir wegen den Zinsen auf Jahre hinaus unproduktive Aufwände generieren, ganz abgesehen davon, dass jedes Darlehen irgendwann einmal zurückbezahlt werden muss. Höhere Steuern sind eine Bremse für Produktivität und bringen gute Steuerzahler zum Auswandern, beschleunigen damit den Weg in den Bankrott und bankrott sein bedeutet, dass der Kanton seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann, zahlungsunfähig wird, kein vertrauenswürdiger Geschäftspartner mehr ist. Alle Möglichkeiten gehen zu Lasten unserer Kinder.

Es gibt nur ein Ausweg, der ohne Zögern beschritten werden muss: Der Kanton muss seine Ausgaben senken, und zwar massiv.

Die Bildungsdirektion erzielt pro Jahr einen Aufwandüberschuss von 2,5 Milliarden Franken und ist damit mit Abstand die ausgabenintensivste Direktion. Auf dem zweiten Platz liegt die Gesundheitsdirektion, deren jährliches Defizit aber über eine Milliarde kleiner ist als dasjenige der Bildungsdirektion. Das muss Anlass sein, auch die Bildung nach Sanierungspotenzial zu durchforschen. Wer sich auskennt weiss: Allzu oft versickert das Geld unwirksam in vielen Projekten und Neuerungen, deren Sinn kleiner ist als die Kosten. Dies sieht die Bildungsdirektorin Regine Aeppli ganz anders: «Das Volk ist gegen Sparen in der Bildung» frohlockt sie in einem Tagi-Interview über den vermeidlichen Rückhalt. Nur: Die Bevölkerung, welche das heute produzierte Defizit bezahlen muss, wird gerade erst geboren. Überall wollen Linke «nachhaltig» sein, nur nicht bei den Staatsfinanzen.

Die SVP hat acht Sanierungsvorschläge für den Staatshaushalt der Bildungsdirektion

beantragt. Immerhin vier davon wurden vom Rat mit einer Mehrheit der Regierung überwiesen. Ein Teilerfolg.

Überwiesen wurde die Forderung, die Anzahl der strategischen Projekte der Bildungsdirektion bis 2013 auf sieben (heute sind es 13) zu senken und so die Reformen zu verlangsamen. Auch die Forderung, den Staatsbeitrag an die Universität Zürich zu reduzieren, fand eine Mehrheit. FDP und SVP schlagen der Universität vor, einen Teil der wegfallenden Mittel mit einer Erhöhung der Studiengebühren zu decken (Erreichung einer Verhältnismässigkeit der Gebühren auch im Vergleich mit höheren Fachschulen, zielgerichtetes kompaktes Studieren). Weiter fordern wir die Streichung des «Organisationsentwicklungsprozesses» für die Mittelschulen. Viele Schulen brauchen unbestritten und ausgewiesen eine Erhöhung der Führungskapazität. Obwohl die Mittel und deren Verwendung feststehen und im Budget und der Finanzplanung eingestellt sind, muss jede Schule, die diese beanspruchen will, einen vorgegebenen Prozess mit teuren externen Beratern durchlaufen, der jährlich 1,9 Millionen Franken verschlingt. Ein Prozess wird bezahlt, dessen Folge schon zu Beginn feststeht. Der vierte Sanierungsantrag betrifft das selbstorganisierte Lernen – «SOL» an den Mittelschulen. Weshalb das Mittelschulamt hierzu einen Aufwand budgetiert (bei sich selber, wohlgeachtet, nicht für Schulen, die das Projekt ja ausführen) bleibt schleierhaft. Zudem: «Selbstorganisiertes Lernen» in Ehren, aber wer ins Gymnasium geht, will unterrichtet werden.

Es gibt Demonstrationen von Schülern, Eltern und Lehrpersonen gegen das «Sparen in der Bildung». Behörden, die einen Elternwunsch nicht erfüllen können, verweisen oft darauf, dass dies deswegen nicht möglich sei, weil der Kanton spare. Deshalb zum Abschluss noch zwei Zahlen aus dem «Globalbudget Volksschule» im kantonalen Entwicklungs- und Finanzplan: Zwischen dem Rechnungsabschluss 2008 und dem Planjahr 2013 soll die Anzahl Schüler der Volksschule um 79 zunehmen. Das würde vier zusätzliche Lehrpersonen benötigen. Doch die Anzahl Vollzeitstellen wächst im gleichen Zeitraum stattdessen um – sage und schreibe – 671,3. Das sind mindestens 67 Millionen Franken jährlich. Schulleitungen und die Kantonalisierung des Kindergartens wurden bereits zuvor verwirklicht und sind nicht Teil der 671,3 Stellen. So scheint es, trotz allem Gejammer, dass der Kanton nicht an knappen Mitteln leidet, sondern einfach auf zu grossem Fuss lebt.

wusst benutzt oder nicht benutzt wird. Demnach brauche es kein kantonales Projekt und auch keine Massnahmen im Mittelschul- und Berufsbildungsamt. Der Rat folgte dem Antrag mit 84 zu 79 Stimmen.

#### Legislaturziele

**Hansueli Züllig** forderte zusammen mit der FDP und der GLP, dass der Regierungsrat seine festgelegten Ziele im

Zusammenhang mit dem Sanierungsprogramm 2010 (San10) zu überarbeiten habe.

Es soll aufgezeigt werden, auf welche Ziele sofort, mittel- und langfristig verzichtet werden kann, ohne den Standortvorteil zu gefährden. Hansueli Züllig betonte, dass es üblich sei, laufende Ziele regelmässig zu überprüfen. Der Rat folgte deutlich mit 110 zu 35 Stimmen.

## ELEFANTENRUNDE KEF-DEBATTE

### Das Parlament stützt die Sparbemühungen der SVP

Die dritte Auflage der Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2010–2013 (KEF) liegt hinter uns. Der Kantonsrat hatte die Gelegenheit, sich mit einer Kernaufgabe staatlichen Handelns auseinanderzusetzen.



KANTONS RAT  
HANS FREI  
FRAKTIONS CHEF SVP  
WATT-REGENSDORF

Bis auf eine Ausnahme hatten sich alle Parteien in diesem Prozess einbezogen. Die CVP erachtet die Einflussnahme dieses Rates auf die mittelfristige Planung als wenig zielführend und schlich sich bereits zu Beginn der Debatte aus der Verantwortung. Eine langfristige Aufgaben- und Finanzplanung der Regierung kann uns jedoch nicht gleichgültig sein. Die SVP fordert die Stärkung dieses parlamentarischen Instrumentes. Eine Parlamentarische Initiative (PI) wurde eingereicht, um die Verbindlichkeit von KEF-Erklärungen umzusetzen.

Eine solche strategische Planung kennt jedes Unternehmen, jeder Gewer-

betrieb oder schlicht und einfach jeder Privathaushalt, der seine finanzielle Handlungsfähigkeit sichern will. Und weil diesem Instrument eine grosse Bedeutung zukommt, wurde es in der Kantonsverfassung als Aufgabe des Kantons und nicht etwa des Regierungsrates festgeschrieben.

#### Uferloses Aufwandwachstum

Was uns der Regierungsrat mit seiner Planung präsentiert hat, ist schlicht und einfach nicht zu verantworten. Nicht anders ist zu erklären, dass in einer Vierjahresperiode ein kumuliertes Defizit von 4,6 Mrd. Franken heranwachsen kann. Das Ausgabenwachstum sprengt jeden vernünftigen Rahmen. Neue Aufgaben werden notorisch mit Mehraufwand begründet. Ohne zusätzliche Stellen steht alles still. Jede Stellenbeschreibung ist faktisch in Stein gemeisselt. Flexibilität und Prioritätensetzung

sind Fremdwörter. Immun sei man auf Sparbemühungen, gab unlängst auch die amtierende Regierungspräsidentin Aeppli der Öffentlichkeit zu verstehen.

Die SVP-Kantonsratsfraktion hat längst auf diese Fehlentwicklung hingewiesen und entsprechend klare Forderungen zur Plafonierung des Aufwandwachstums gestellt. Diese Ziele sind für uns auch nach dieser Debatte nicht erreicht. Wir werden weiter kämpfen um die ausufernde Staatstätigkeit wieder in geordnete Bahnen zu lenken.

#### Unglaubliche FDP

Mit den zahlreichen Anträgen aus unserer Fraktion haben wir nichts unterlassen, ganz gezielt auf die Finanzplanung Einfluss zu nehmen. Um bei der Differenzierung von Erklärungen mit strategischer Bedeutung zu bleiben, ist die Stabilisierung des betrieblichen Aufwandes im Staatshaushalt von grösster

Tragweite. Auf bürgerlicher Seite ist man sich in dieser Stossrichtung einig. So hat auch unsere Fraktion den Antrag der FDP zur Eindämmung des Ausgabenwachstums mitunterstützt. Leider führt uns dieser Weg etwas abseits einer messbaren Grösse. Nicht anders ist es zu erklären, dass man dem Regierungsrat bereits das Argumentarium liefert, um die nächsten Aufwandsteigerungen zu begründen. Mit einem Hilfeschrei aus den Reihen der FDP wurde das 4er-Ticket unter der finanzpolitischen Führung von Frau Regierungsrätin Gut aufgerufen, endlich die Ausgaben unter Kontrolle zu bringen. Im gleichen Atemzug hat die gleiche Fraktion geschlossen, einen Antrag von GLP, SVP – mitgetragen von der CVP – zur Stabilisierung des betrieblichen Aufwandes im Staatshaushalt, abgelehnt. Wie steht es da um die Glaubwürdigkeit dieser Partei? Sicherlich ist dieses Verhalten nicht nachvollziehbar für Wählerinnen und Wähler des bürgerlichen 4er-Tickets.

#### Verantwortungslose Regierungspräsidentin

Trotz diesem Ausrutscher auf dem Weg unserer Anstrengungen, konnten sieben SVP-Anträge erfolgreich überwiesen

werden. Im Weiteren konnten neue Forderungen aus der linken Ratsseite erfolgreich abgewendet werden.

Nach der Debatte ist nun zu hoffen, dass die Regierung die parlamentarische Vorarbeit entgegennimmt und umsetzt. Die Verantwortung liegt nicht bei einer Direktion, sondern ist eine Aufgabe des Gesamtregierungsrates. Dass sich dabei die Regierungspräsidentin über die Medien in diesem Prozess ausgeklammert hat, ist für die SVP inakzeptabel. Hier wird an der Spitze der Zürcher Regierung die Verantwortung für eine Mehrheit des Parlamentes auf das Gravierendste verletzt. Von häuslicherem Umgang mit Steuergeldern keine Spur. Die Verantwortung der Verschuldung wird zur Aufgabe der nächsten Generation, sorglos und selbstherrlich nimmt unsere Regierungspräsidentin die Halbierung unseres Eigenkapitals in wenigen Jahren hin.

Es ist offensichtlich, dass die mittelfristige Steuerung unseres Finanzhaushaltes nicht im Budgetprozess umgesetzt werden kann. Die SVP fordert den Regierungsrat auf, die auf bürgerlicher Seite erfolgreich überwiesenen KEF-Anträge zu übernehmen und umzusetzen.

**EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR**

**Armin Steinmann**

Dipl. FfV, MAS in Public Management



**Alter:** 54 Jahre

**Beruf:** Statthalter / Bezirksratspräsident (Bezirk Horgen)

**Gemeinde:** Adliswil

**Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?**  
Ich bin seit 1989 Mitglied der SVP. Zuvor hatte ich mich als Elternvertreter in der Kindergartenkommission engagiert und konnte so an meinem Wohnort Adliswil richtig Fuss fassen und einen Bekanntenkreis aufbauen. In dieser Phase wurde auch mein politisches Interesse geweckt und ich informierte mich in der Parteienlandschaft über die verschiedenen Interessenbindungen und Zielsetzungen der Parteien. Nach einem Gastbesuch einer Mitgliederversammlung bei der SVP-Ortssektion war mein Entschluss gefasst bei dieser Partei Mitglied zu werden.

**Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?**

Nach kurzer Zeit Mitgliedschaft wurde ich in den Vorstand und gleichzeitig zum Vizepräsidenten der Ortssektion Adliswil gewählt; nach weiteren zwei Jahren dann zum Präsidenten. Diese Funktion bescherte mir während sechs Jahren viel Arbeit, bot aber gleichzeitig ein spannendes Lernfeld, ebenso wie die Jahre in der Sozialbehörde, wo ich die SVP vertreten durfte. Nicht weniger spannend waren die acht Jahre Parlamentsarbeit. Besonders präsent sind mir der Kampf gegen die «Verökonomisierung» und der damit verbundenen Aufblähung der Behörden- und Verwaltungstätigkeit in der NPM-Reformkommission (New Public Management) und mein Jahr als Gemeinderatspräsident mit den vielen zusätzlichen Sitzungen. Die dreieinhalb Jahre als Präsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission rundeten dann mein Mitwirken in der Lokalpolitik ab, welches seinen Abschluss mit meiner Wahl zum Statthalter und Bezirksratspräsidenten des Bezirks Horgen fand.

**Was wünschen Sie sich für die Schweiz?**

Zu den Stärken unseres Landes gehört die Stabilität. Für diese Stabilität wird unser Land auch weltweit bewundert. Dabei werden wir auch immer um die Errungenschaften des Friedens, der Rechtssicherheit, der direkten Demokratie, des Wohlstands, der Vollbeschäftigung, der gelebten Solidarität, dem gegenseitigen Respekt und Verständnis benieden. Diese Stärken müssen bewahrt werden. Insbesondere wünsche ich mir aber auch eine selbstbewussteste Schweiz, die zu ihren Stärken, ihren Qualitäten und ihrer Eigenständigkeit steht.

**Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?**

Für mich sind diejenigen Politiker Vorbild, welche die Fähigkeit haben, die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu erkennen und zu vertreten, offen für Neues sind, ohne aber Bewährtes leichtsinnig aufzugeben.

**Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?**

Mit dem zusätzlichen Mandat als Kantonsrat muss ich erste einmal mein Zeitmanagement und die persönlichen Prioritäten überprüfen und neu definieren.

Als Kantonsrat werde ich gegen die Zentralisierung bzw. Abschaffung der effizienten dezentralen und bevölkerungsnahen Dienstleistungs- und Kompetenzzentren ankämpfen.

**WAHLVERANSTALTUNG DES VEREINS FÜR AKTIVE SENIOREN**

**SVP-Spitzenkandidaten des Kreis 7 stellen sich vor**

Das schöne Wetter konnte die Senioren nicht davon abhalten, in grosser Zahl der Einladung des Vereins für aktive Senioren zu einer Wahlveranstaltung Folge zu leisten.

**ERNST BRUNNER**  
ALT KANTONS RAT SVP  
ILLNAU

Pünktlich um 14.30 Uhr eröffnete unser Präsident Kantonsrat Dr. Theo Toggweiler die Veranstaltung und stellte den versammelten Senioren die Spitzenkandidaten aus dem Kreis 7 für die Gemeinderatswahlen vor. Es sind dies: Urs Fehr, selbst. Immobilienverwalter, und Lorenzo Leutenegger, tätig in der Werbebranche.

**Mehr Sicherheit**

Die Kandidaten waren sich weitgehend einig, wie sie sich im Gemeinderat für Anliegen der Generation 60+ einsetzen möchten. Die Sicherheit im öffentlichen Raum muss dringend ver-

bessert werden. Dazu gehören eine erhöhte Polizeipräsenz in den kritischen Stunden, das konsequente Durchsetzen des Vermummungsverbots, das Fördern des Respekts der Jungen gegenüber der Generation 60+, härtere Strafen für Verbrecher, Schläger und Chaoten (die Strafe muss dem Täter ebenso stark und ebenso lange wehtun, wie dem Opfer). Der Verhättschelung der Straftäter muss Einhalt geboten werden.

Die Tatsache, dass mehr als die Hälfte aller Gewalttaten von Ausländern begangen werden und dass die Gefängnisplätze in der Schweiz zu mehr als 80 Prozent von Ausländern belegt sind, zeigt klar, wo der Hebel angesetzt werden muss. Aber eben, es ist einfacher, Parkbussen zu verteilen

als zu kritischen Zeiten erhöhte Polizeipräsenz zu markieren.

**Klare Positionen**

Eine vernünftige und grosszügige Lösung des Parkplatzproblems wäre der Generation 60+ sehr dienlich. Genügend Parkplätze in der Nähe von Läden und Einkaufszentren sind für die Senioren ein zentrales Anliegen. Auch ältere Leute gehen gern selbständig einkaufen, haben aber oft Mühe, den schweren Einkauf weit zu tragen, entweder weil das Alter seinen Tribut fordert oder weil eine, oftmals nur kleine Behinderung das Gehen und Tragen von Taschen sehr erschwert. Senioren, die selbständig einkaufen, zum Arzt oder in die Apotheke gehen können, belasten die Spitez und somit die öf-

fentliche Hand nicht, daher wollen sich beide Kandidaten gegen die Abbaupläne des Stadtrates zur Wehr setzen.

Auch im öffentlichen Verkehr sollten die Bedürfnisse der Senioren nicht vergessen werden. Im Tram ist es etwas aus der Mode gekommen, älteren Personen einen Sitzplatz anzubieten, das sollte wieder besser werden, Elternhaus und Schule sind hier gefordert. Zum Thema Förderung des öffentlichen Verkehrs sollte auch ein verbilligtes Alterssabo für Tram und Bus in der Stadt Zürich gehören, das brächte mit Sicherheit noch vermehrt ältere Personen zum Umsteigen auf den öV.

In der anschliessenden kurzen Frageunde haben beide Kandidaten mit ihren klaren Antworten bewiesen, dass sie das Zeug haben, um im Gemeinderat der Stadt Zürich erfolgreich zu politisieren.

Bei Kuchen und Kaffee und weiteren angeregten Diskussionen ging eine angenehme und hoffentlich erfolgreiche Veranstaltung zu Ende.

**LESERBRIEFE**

**Es reicht!**

Aha, da hat man doch für das Erstellen des Zwischenberichts über «die kantonale Ausländer- und Integrationspolitik» einmal mehr Peter Arbenz (FDP) aus der Mottenkiste geholt. Eben den Arbenz, der mit einem Instant-Gefälligkeitsgutachten für Monika Stocker an den beiden ehemaligen Controllerinnen des Sozialdepartements Rufmord begangen hat. Dieses bescheinigte dem Sozialdepartement eine nahezu 100%ige korrekte Abwicklung der Fürsorgefälle, was bedeutet, dass das Amt an Unfehlbarkeit nur noch vom Papst übertroffen wird. Der arbeitende Bürger und Steuerzah-

ler mag sich selber ausrechnen, wie zuverlässig die im Tagi und der NZZ zitierte Studie über den vorwiegenden volkswirtschaftlichen Nutzen der Ausländer in unserem Kanton ist. Mieten, Krankenkassenprämien, Sozialabgaben und Verwaltungskosten sprechen für das pure Gegenteil! Geschweige denn die Kosten und Folgekosten von Kriminalität, Integration und Erziehung! Wie lange wollen uns die Obrigkeiten mit Gefälligkeitsgutachten à la Arbenz wohl noch ein «X für ein U» vormachen.

Barbara Kluge, Benglen

**Die Ansprüche den Finanzen anpassen: Ja zum fairen Umwandlungssatz!**

14 Milliarden Franken Schulden der Invalidenversicherung, gegen 10 Milliarden bei der Arbeitslosenversicherung, baldige Unterschreitung der vorgeschriebenen 100-Prozent-Marke des AHV-Fonds und Absturz auf null in 15 Jahren – wann werden wir endlich klüger? Ich teile die Ansicht des Gewerbeverbandesdirektors Bigler, dass die Finanzierung der Sozialwerke bisher stets auf die wachsenden Ansprüche ausgerichtet wurde. Künftig müsse man umgekehrt das Leistungsniveau den verfügbaren Mitteln anpassen.

Die Abstimmung vom 7. März über die Anpassung des Mindestumwandlungssatzes von 6,8 auf 6,4 Prozent bietet Gelegenheit, diesem Grundsatz nachzuleben. Es kann nicht mehr ausgegeben werden als eingenommen wird. Entgegen der «Rentenklaus»-Lü-

ger der Gewerkschaften wird niemandem etwas gestohlen. Das ersparte Pensionskassenkapital muss entsprechend dem längeren Leben und den tiefen Zinsen auf mehr Jahre verteilt werden. Naturgemäss sinken dadurch die jährlichen Renten, jedoch nicht um 10 Prozent wie von den Gegnern behauptet, sondern um 5,88 Prozent. Diese Anpassung halte ich für verkraftbar, besonders wenn man an die Alternative denkt: die Fortsetzung des «Beitragsklaus» von jährlich 600 Millionen Franken aus den Taschen der Berufstätigen an die Pensionierten. Ich nehme leicht niedrigere Renten in Kauf, damit die Ansprüche dem vorhandenen Altersguthaben angepasst werden.

Kantonsrat Yves Senn, Winterthur

**Geldverpressung dank Internet**

Glaubt man den Medien, so will der Kanton Zürich tatsächlich 127 Mio. Franken dafür ausgeben, dass die Steuererklärungen online verfasst werden können. Dies ist Steuergeldverpressung! Man bedenke: Die meisten Steuerzahler unseres Kantons sind Arbeitnehmer. Dies heisst, dass sie über einen Lohnausweis verfügen. Die möglichen Abzüge sind vorgegeben. Für diese Kategorie von Steuerpflichtigen ist eine Steuererklärung unnötig und als Schikane zu betrachten. Es würde genügen, wenn diese Leute, Lohnausweis, Fahrkostenbestätigung Bankauszug (wegen Verrechnungssteuer) und den Nachweis über eine allfällige dritte Säule einsenden. Die restlichen Abzüge sind nach oben begrenzt. Ich habe noch niemanden kennen gelernt, bei welchem die Höchstabzüge unterschritten werden, dank tieferer Versicherungsprämien. Steuerpflichtige, welche eine Firma betreiben oder zusätzliche Abzüge geltend machen, werden eh nicht aufs Internet setzen, müssen sie doch die betreffenden Belege einsenden. Aus Sicherheitsgründen bin ich nicht bereit, mei-

ne Steuerdaten übers Internet zu senden. Auch sehe ich keinen Sinn darin, Lohnausweis und Belege per Post und die Steuererklärung per Netz zu senden. Dies ergibt sinnlosen Aufwand mit dem Zusammentragen von Belegen zur jeweiligen Steuererklärung. Weshalb bleibt man nicht beim Barcodeblatt? Wenn der Kanton wirklich sparen wollte, so würde er auf Online-Steuererklärungen für Arbeitnehmer verzichten und den restlichen Steuerpflichtigen die Privatetax – CD zusen-den, falls sie diese CD bereits in den vergangenen Jahren benützt haben. Es ist sicher nicht nötig, dass ich jedesmal einen grossen Papierhaufen wegschmeissen muss, weil ich ja die auf dem Computer gemachte Steuererklärung auf eigenes Papier drucken muss. Dies obwohl das Barcodeblatt genügen würde.

Arthur Albrecht, Dielsdorf

**Windpark «Ocean Breeze»**

Nun soll also – praktisch durch die Hintertür – den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 7. März 2010 der Kredit von Fr. 4 500 000.– für die Beteiligung der Stadt Winterthur am Windpark «Ocean Breeze» vorbeige-schmuggelt werden. Von Seiten des Stadtrates sicher ein schlauer Trick, stehen doch am genannten Abstimmungstag für Winterthur vor allem die richtungweisenden Gesamterneuerungs-wahlen für den Gemeinde- und Stadtrat an. Im Wissen darum, dass der von Windkraftanlagen sehr teuer erzeugte Strom auf dem Markt praktisch wertlos ist, weiss man heute auch, dass Windstrom der Umwelt mehr Nach- als Vorteile bringt. Besonders extrem sind die Schwankungen bei der Windenergie. Dies lässt sich anhand der Windstromproduktion in Deutschland zeigen. Innerhalb weniger Minuten kann die Produktion um ein Vielfaches variieren. Denn bei steigender Windgeschwindigkeit nimmt die Energie bekanntlich exponentiell zu. Weil aber immer exakt so viel Strom ins Netz eingespiessen werden muss, wie gebraucht wird, muss praktisch für jedes Kilowatt Alternativstrom ein Kilowatt aus konventioneller Produktion bereitgehalten werden. Eine Verschwendung sondergleichen. Eine mächtige Öko-Lobby sorgt auch bei uns, dass trotz-

dem europaweit Milliarden investiert und umverteilt werden. Was da aber der Winterthurer Stadtrat rein finanzpolitisch uns aufbürden will, ist höchst bedenklich, zumal ja bekanntlich der Windstrom in Deutschland bleibt, weil die Stadt Winterthur nur so von der deutschen Einspeisevergütung profitiert, da der Windstrom subventioniert wird. Die Stadt will viel Geld ausgeben, dass sie gar nicht hat, damit in Deutschland neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Am 14. September 2009 äusserte sich der damalige, deutsche Energieminister Wolfgang Tiefensee, dass er mit dem genannten Projekt in Deutschland 30 000 neue Arbeitsplätze schaffen möchte. Das nachhaltige Ziel müsse sein, dass diese Kosten vor allem durch ausländische Investoren gedeckt werden. Da sei dann doch die Frage erlaubt, weshalb Bundesbern wie auch der Kanton Zürich wegen der weltweiten Wirtschaftskrise mittels Konjunkturprogrammen riesige Summen in unsere inländische Wirtschaft und das heimische Gewerbe investiert und unser Stadtrat gleichzeitig in Deutschland neue Arbeitsplätze fördern und mitfinanzieren will, wo doch vor allem auch die Stadt Winterthur mehr den je auf neue Arbeitsplätze angewiesen ist. Kantonsrat René Isler, Winterthur

**Guantanamo-Theater: ein Verhältnisblödsinn!**

Um auch gegenüber den USA Liebkind zu spielen, wollen Bundesräte islamistische Guantanamo-Häftlinge aufnehmen, als hätten wir keine andern Probleme. Was für ein Verhältnisblödsinn, und was für eine «hirnverbrannte» Idee! Denn Guantanamo ist eine Sache der Amerikaner und auch durch die USA zu lösen. Zudem ist die Aufnahme solcher Häftlinge ein Sicherheitsrisiko für die Schweiz.

Eine Aufnahme der beiden Uiguren, welche China als Terroristen betrachtet, wäre zudem ein völliger Verhältnisblödsinn und ausserordentlich dumm. Wir würden uns als neutrales Land in das Spannungsfeld zwischen China und den USA einmischen und damit möglicherweise das bevorstehende Freihandelsabkommen und zehntausende von Schweizer Arbeitsplätzen gefährden. Und das wegen zwei Uiguren, die ja ohnehin frei gelassen werden, sodass von einer «hu-

manitären Aufnahme» durch die Schweiz keine Rede sein kann.

Die USA wollen eine Trübung der Beziehungen zu China vermeiden, indem sie das Problem «exportieren» und für die Aufnahme von Häftlingen durch einige Drittstaaten sehr grosse Summen zahlen. Man spricht von 200 Millionen Dollar an den Zwerginselland Palau und von grossen Zahlungen an die Bermudas und an Albanien.

Der Bundesrat muss die Aufnahme der beiden Uiguren und weiterer Guantanamo-Häftlinge unbedingt ablehnen. Die neutrale Schweiz soll ihre humanitäre Aufgabe dort wahrnehmen, wo es tatsächlich um an Leib und Leben Bedrohte geht, wo die Folgen von Naturkatastrophen wie in Haiti zu lindern sind und wo unser Land mit einer intelligenten Diplomatie zur Sicherheit und zum Frieden in der Welt beitragen kann.

Nationalrat Hans Fehr, Eglisau

**Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!**

**Öffnungszeiten:**  
Mo-Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr  
Sa 8.00–12.00 Uhr  
oder nach telefonischer Vereinbarung

**In Top moderner Werkstatt**  
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschafts-  
maschinen, Motorräder,  
LKW-Neugummierungen  
• Alu- + Stahlfelgen • Radverschmassen

**Otto Schaufelberger Hinwil**  
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

**Hotel Dauhof Rätti**  
Familie Spörri  
Tel. 055 240 17 98, So. geschl.

**Rinds-Entrecôte-Variationen**  
mit Beilage Fr. 24.90

Abonnieren Sie gratis unseren

**Newsletter**

unter

[www.svp-zuerich.ch](http://www.svp-zuerich.ch)

DELEGIERTENVERSAMMLUNG VERABSCHIEDET RESOLUTION

# Strategie der SVP zur sicheren Energieversorgung

Eine sichere, günstige und umweltfreundliche Stromversorgung für Bevölkerung und Wirtschaft war stets ein Standortvorteil der Schweiz. Dieser Standortvorteil ist heute bedroht, weil eine Erneuerung der Produktionsanlagen teilweise verschleppt und der Strom von der Politik unnötig verteuert wird.



NATIONALRAT  
HANS RUTSCHMANN  
RAFZ

Eine sichere und günstige Stromversorgung ist für unser Land von äusserster Wichtigkeit.

Der Strom ist eine Schlüsselenergie. Preisgünstiger, reichlich verfügbarer Strom bedeutet neben Wachstum und Wohlstand auch Standortattraktivität. Genügend Strom bedeutet aber auch Unabhängigkeit und Sicherheit. Verschiedene andere Länder mussten in letzter Zeit schmerzhaft erfahren, was es heisst, von Energielieferungen anderer abhängig zu sein. So setzte beispielsweise Russland in einem Konflikt die Gaslieferung an die Ukraine ungeniert als politische Druckmittel ein. Sodann nimmt der Energiebedarf nicht nur in der Schweiz und in den anderen europäischen Ländern, sondern auch weltweit, zu. Dies bedeutet, dass wir in Zukunft nicht ohne weiteres auf sichere und günstige Energielieferungen aus dem Ausland zählen können.

Der Strombedarf im Inland wird trotz allen Sparmassnahmen zunehmen. Eine wachsende Bevölkerung, neue und häufigere Stromwendungen, die steigende Mobilität – auch die Eisenbahn und die Elektrofahrzeuge brauchen Strom –, die Industrie, Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen führen zu einem zunehmenden Stromverbrauch. Ein erhöhter Strombedarf ergibt sich auch durch die Substitution von Öl, beispielsweise im Gebäudebereich. Der Ersatz einer Ölhei-

zung durch eine Wärmepumpe ist ökologisch und wirtschaftlich zwar sinnvoll, braucht aber zusätzlichen Strom.

Es ist deshalb für unser Land von zentraler Bedeutung, dass wir über eine sichere Stromversorgung mit einer grösstmöglichen Unabhängigkeit verfügen.

## Grosse Anstrengungen erforderlich

In der Schweiz haben wir heute einen idealen Strommix. Mit 55 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Kernenergie verfügen wir über eine sichere, günstige, unabhängige und umweltfreundliche Stromproduktion. Im Gegensatz zu fast allen Nachbarländern produzieren wir unseren Strom übrigens nahezu CO<sub>2</sub>-frei. In Deutschland liegt der Anteil von Kohle bei der Stromproduktion beispielsweise bei 44 Prozent, mit entsprechenden CO<sub>2</sub>-Emissionen. Klimapolitisch ein Horror-Szenario. Der Sonderzug von Bundesrat Leuenberger zur Klimakonferenz nach Kopenhagen profitierte damit also auch noch von diesem Kohlestrom.

Damit wir auch in Zukunft unsere Stromversorgung auf unserem bewährten Strommix aufbauen können, bedarf es jedoch grosser Anstrengungen.

Bei der Wasserkraft, der Hauptstütze unserer Stromversorgung, dürfen wir vor allem unsere eigenen Rahmenbedingungen nicht laufend verschlechtern. Initiativen, Einsparungen sowie neue Abgaben, Gebühren oder Regulierungen, sind deshalb entschei-

den abzulehnen. Es ist für mich übrigens unverständlich, wie Projekte für die Erhöhung eines Staudammes oder der Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke, also für die Produktion von sauberer Energie, ausgerechnet von Umweltschutzkreisen bekämpft werden.

## Stromengpass in Sicht

Mit einem Anteil von 40 Prozent ist die Kernkraft das zweite wichtige Standbein der Schweizer Stromversorgung. Sie ist, wie die Wasserkraft, günstig und praktisch emissionsfrei. Sodann kann sie, sofern der politische Wille vorhanden ist, weitgehend in unserem Land produziert werden. Allerdings besteht hier ebenfalls dringender Handlungsbedarf. So laufen in wenigen Jahren, gegen 2020, fast gleichzeitig die Stromlieferverträge mit Frankreich und auch die Betriebsbewilligungen der bestehenden KKW Beznau I+II und Mühleberg aus. Für den Ersatz dieser Verträge und Anlagen sowie zur Deckung des zunehmenden Strombedarfs sind diese zwei Kraftwerke deshalb raschmöglichst zu ersetzen. Sonst droht uns, bei sinkender Produktion und zunehmendem Strombedarf, eine ernsthafte Versorgungslücke. Gemäss aktuellen Studien wird die Schweiz bereits ab dem Winterhalbjahr 2012, also in zwei Jahren, ein gravierendes Stromversorgungsproblem haben. Uns drohen also in wenigen Jahren, in einer kalten Winternacht, die Lichter auszugehen.

Zu Sicherstellung einer unabhängigen und günstigen Stromversorgung sind wir deshalb auf sämtliche, in un-

serem Land verfügbaren Energiequellen angewiesen.

## Naive Grüne und Linke

Neben der Wasser- und Kernkraft zähle ich dazu auch die erneuerbaren Energien. Solar- und Windenergie, Biomasse und Geothermie können und müssen hier ebenfalls ihren Beitrag leisten. Die erneuerbaren Energien werden übrigens seitens des Bundes mit massiven Subventionen gefördert. Die Linke und Grüne glauben, mit dieser massiven Förderung der erneuerbaren Energien auf die Kernenergie verzichten zu können. Allerdings können diese Energieformen, so sympathisch sie sind, auch bei einer wohlwollenden Beurteilung das Stromversorgungsproblem nicht lösen. Sie werden bis 2030 kaum mehr als 10 Prozent des Strombedarfs decken können. Sodann müssen die erneuerbaren Energien auch marktfähig werden, heute sind sie teilweise noch weit davon entfernt. Wir können deshalb auf die Kernenergie auf keinen Fall verzichten.

Der Ausbau der Stromversorgung hat sich also an den Prinzipien Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren. Was ist zu tun, um dieses Ziel zu erreichen?

- **Es sind rasch zwei neue Kernkraftwerke an den bisherigen Standorten zu planen und zu bauen.** Dazu sind die entsprechenden Bewilligungsverfahren rasch und ohne Verzögerungen durchzuführen. Heute wird man den Ein-

druck nicht los, dass das zuständige Departement alles unternimmt, um die Verfahren möglichst in die Länge zu ziehen. Auch unter Berücksichtigung aller demokratischen Spielregeln kann es aber nicht sein, dass für die Bewilligungsverfahren und den Bau mehr als eine Generation nötig sind.

- **Die inländische Stromproduktion ist auszubauen.** Dabei darf sich der Ausbau einzelner Produktionsformen nicht nach ideologischen Kriterien richten. Die Schweiz kann und darf sich nicht auf ausländische Stromimporte verlassen, denn die Stromversorgung wird auch die Nachbarländer in den nächsten Jahren vor grosse Herausforderungen stellen. Importe würden zu einer gefährlichen Abhängigkeit vom Ausland und zu höheren Strompreisen führen.
- **Die Rahmenbedingungen für die Wasser- und Kernkraft sind zu verbessern.** Die SVP bekämpft Initiativen, Vorstösse sowie Abgaben und Gebühren, welche die Rahmenbedingungen dieser Energieträger verschlechtern. Die Linke und Grüne haben den Strompreis übrigens als neue, bequeme Milchkuh entdeckt. In der Wintersession hat der Nationalrat wiederum politisch motivierte Strompreiszuschläge beschlossen, welche die privaten Haushalte, die Gewerbetreibenden, die Bauern und die gesamte Wirtschaft mehrere hundert Millionen Franken jährlich kosten. Und weitere Begehren liegen bereits auf dem Tisch.

Die Schweiz ist in der Lage, mit dem bewährten Strommix aus Wasserkraft und Kernenergie die Zukunft zu meistern. Dazu braucht es jedoch keine ideologisch gefärbte, sondern eine sachlich geführte Diskussion. Mit den Forderungen in der Resolution der SVP wird die Schweiz auch in Zukunft über eine sichere, unabhängige, kostengünstige und auch umweltfreundliche Stromversorgung verfügen.

## Resolution der SVP Schweiz für eine sichere und günstige Stromversorgung

Die SVP-Delegiertenversammlung vom 23.1.2010 fordert mit dieser Resolution rasches und konsequentes Handeln, damit eine Versorgungslücke verhindert werden kann:

### • Unverzüglich Kernkraftwerke ersetzen

Es sind unverzüglich neue Kernkraftwerke an den bisherigen Standorten zu planen und zu bauen, um die bestehenden Anlagen am Ende ihrer Lebensdauer zu ersetzen. Falls die Energieversorgungsunternehmen die Projekte nicht vorantreiben, haben Bundesrat und Parlament für einen Bau zu sorgen. Die entsprechenden Bewilligungsverfahren sind rasch und ohne Verzögerungen durchzuführen.

### • Günstiger Strom für alle

Genügend preiswerte Elektrizität ist ein wichtiger Schlüssel für Wachstum und Wohlstand. Die SVP lehnt deshalb neue oder höhere Abgaben und Gebühren, welche den Strom verteuern, ab. Ebenfalls darf die Strommarktliberalisierung nicht für Preiserhöhungen missbraucht werden. Subventionen oder andere staatliche Eingriffe, welche dazu dienen, einzelne Produktionsarten zu bevorzugen, lehnen wir ebenfalls ab.

### • Ausbau der inländischen Stromproduktion

Gesteigerte Energieeffizienz sowie Sparmassnahmen reichen nicht aus, um den zukünftigen Strombedarf zu decken. Die steigende Nachfrage ist durch den verstärkten Ausbau der inländischen Produktion zu befriedigen. Die Idee zusätzlicher Stromimporte ist aufgrund fehlender Netzkapazität und insbesondere einer gefährlichen Abhängigkeit vom Ausland und den internationalen Marktpreisen klar abzulehnen. Eine sichere Stromversorgung braucht indes ein funktionierendes Stromnetz. Der notwendige Ausbau und Unterhalt des Netzes ist zu gewährleisten. Die entsprechenden Bewilligungsverfahren sind zu vereinfachen und zu straffen.

### • Bewährten Strommix nicht benachteiligen

Aufgrund seiner hervorragenden Eigenschaften bei den Faktoren Preis, Verfügbarkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit bleibt der aktuelle Strommix aus rund 55% Wasserkraft bzw. 40% Kernkraft auch in Zukunft die tragende Säule unserer Versorgung. Initiativen, Vorstösse sowie Abgaben und Gebühren die dazu dienen, die Rahmenbedingungen dieser Energieträger zu verschlechtern, werden von der SVP abgelehnt und bekämpft.

### • Neue erneuerbare Energien werden zunehmend wichtiger

Neue erneuerbare Energien (Erdwärme, Wind-, Solar- und Biomasseenergie) sollen in Zukunft zur besseren Diversifikation des Schweizer Strommix beitragen. Ihre Produktion und ihr Anteil an der Versorgung mit Strom sind jedoch begrenzt und können die steigende Nachfrage nach inländischem Strom nicht decken. Die Energieträger haben sich auf dem Markt ohne weitere staatliche Stützungsmaßnahmen durchzusetzen. Forschung und Realisierung solcher Projekte von privater Seite sind zu begrüssen. Der Ausbau der zukünftigen Stromproduktion hat sich an den Prinzipien Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren.

Dank den vorliegenden Massnahmen und Forderungen wird die Schweiz auch in Zukunft eine sichere, unabhängige, kostengünstige wie auch umweltfreundliche Stromversorgung haben.

Einladung zum

# SVP-Puurezmorge

Samstag, 30. Januar 2010, 09.00 Uhr  
Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich

## Anwesende Persönlichkeiten:

Regierungsrat **Ernst Stocker**

Nationalrat **Alfred Heer**, Präsident SVP des Kantons Zürich

Stadtratskandidat **Mauro Tuena**, Gemeinderat

Stadtratskandidat Dr. med. **Karl Zweifel**

Gesprächsleitung: Kantonsrat **Ernst Bachmann**

Wir freuen uns  
auf Ihre Teilnahme!

Einstehen für unser Zürich

Schweizerische Volkspartei der Stadt Zürich



## Fadegrad

## Stadionbau zu Zürich



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Zürich hat zwei namhafte Fussballclubs, einen Eishockey-Club und einen Leichtathletikclub. Das sind die bekannten Vertreter ihrer Sportrichtung. Neben den grossen, existieren eine Vielzahl kleinerer Clubs, in denen Otto und Eva Normalverbraucher ihre Fussball-, Eishockey- und Leichtathletikbegeisterung pflegen. Die Aushängeschilder sind wichtig, weil sie mitreissen und den Breitensport bereichern. Diskussionslos wurde das Letzigrundstadion gebaut. Ein Stadion ohne Mantelnutzung und durch die öffentliche Hand finanziert. Das Leichtathletikmeeting wäre ohne diese Investition gefährdet gewesen. Ausdrücklich dürfen nur fünf Rockkonzerte pro Jahr im Letzi abgehalten werden. Die Rentabilität war von Beginn weg kein Thema. Es war auch klar, dass der neue Letzi kein Fussballstadion sein würde, auch wenn er mittels 10 Mio. Zusatzinvestition für die Euro 08 nutzbar gemacht wurde. Der Hardturm ist abgeräumt und das Hallenstadion ist primär auf die Nutzung durch Events ausgerichtet. Die ZSC Lions müssen ihren Spielplan nach Art on Ice und Anderen richten. Die Situation ist für eine mittelgrosse Stadt mit grossen Ansprüchen unbefriedigend. Kürzlich verkündeten die drei namhaften Fussball- und Eishockeyclubs, dass sie sich zur Bekämpfung von Hooliganismus zusammengetan hätten. Die Kontrolle über Schläger sei aussichtsreicher, wenn die Leute überall einheitlich erfasst und gesperrt würden. In Fragen, die Bau und Betrieb von Sportstadien betreffen, vermisst man eine solche Absprache. Kürzlich rief sich die abgemeldete Stadträtin Martelli der Öffentlichkeit mit einem weiteren Versuchsballon in Erinnerung. Nachdem der ehemalige Stadtpräsident an den Familiengärtnern der Vulkanstrasse gescheitert ist, unternimmt sie einen neuen Angriff auf das Schrebergärtnertum. «Es gibt auch noch andere Bedürfnisse als Gärtnern», sagt Martelli gemäss Tagi flapsig. Umgekehrt gibt es auch andere Bedürfnisse als Fussball und Hockey. Die Idee eines kombinierten Stadions ist deshalb verlockend, weil es doch scheint, dass das weniger Platz und Geld braucht als zwei getrennte Stadien mit Parkplätzen und Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr. Immerhin wurde das Tram an die Pfingstweidstrasse vor allem mit dem Hardturmstadion begründet. Ausserdem wäre die Auslastung des Stadions insgesamt besser. Natürlich stehen dem die gegenseitigen Abhängigkeiten gegenüber. Der Bürger wird das komische Gefühl nicht los, dass die Stadiondiskussion immer hektischer wird und kein Konzept dahinter steht. Die Fans werden befragt, es gibt für jedes Projekt Gegner und Befürworter. Ohne Mantelnutzung keine Rendite aber dafür sind dann alle Linken dagegen. Es wäre wirklich erfrischend, wenn weniger Ballone aufstiegen und sich dafür alle Parteien an einen Tisch setzten und eine ausgegorene Idee präsentierten!

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Pleite für Türler – unendliche Wohnbaudebatte

Der Gemeinderat debattierte am Mittwoch fast viereinhalb Stunden lang, ohne Pause. Die Linken wollten ihr Wahlkampf-Thema Wohnbau präsentieren, was wie erwartet zu einer sozialistischen Umverteilungsübung ausartete.



MARTIN BÜRLIMANN  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 10

Zu Beginn las die SVP dem FDP-Stadtrat Türler die Leviten. Bei dem unsäglichen Geothermie-Projekt im Triemli, vor welchem die SVP stets gewarnt hat, hat der linke Stadtrat 20 Millionen Franken versenkt. Das ewz beschönigte wie üblich seinen Flop. Die bisher vorgefundenen Gesteinsformationen entsprechen in ihrer Abfolge grundsätzlich den prognostizierten Formationen, hiess es. Die einzige Erkenntnis ist, dass die Mächtigkeit der unteren Süsswasser-Molasse von der Prognose um rund 260 Meter abweicht. Dafür haben die Herren Ingenieure 20 Millionen verlohnt, ohne dass sie das unternehmerische Risiko getragen haben.

## Türler ist linkssinnig

Einmal mehr sublimiert im Triemli ein Projekt des linkssinnigen Stadtrats Türler zu warmer Luft. Dieser Stadtrat, der gerne Steuergeld ausgibt für seine eigene Wahlpropaganda – so geschehen im Dada-Haus, an dem er seine linken Utopien verkündete – ist den Träumen seiner grünen Genossen aufgegessen.

Alles, was die SVP prognostiziert hat, ist eingetreten. Die Chance auf Warmwasser für geothermische Nutzung ist nicht vorhanden, eine wirtschaftliche Nutzung der Geothermie ist hier nicht möglich. Die Technologie ist nicht ausgereift. Die Entwicklung neuer Technologien ist nicht Kernaufgabe der Stadt Zürich. Dies muss an der ETH erforscht werden und private Investoren sollen Pionier-Firmen gründen.

Geothermie, Solarenergie und Windenergie gibt es nur mit massiver Subventionierung. Das Windenergie-Projekt in Norddeutschland wird das selbe Fiasko ergeben wie die Bohrung im Triemli. Nur wegen massivem Geldzuschuss aus anderen Gebieten ist der pseudo-ökologische Strom so billig. Die SVP will zwei neue Kernkraftwerke, dies gibt sauberen, sicheren CO<sub>2</sub>-freien-Strom für Jahrzehnte.

## Linke Wohnbaudebatte als Umverteilungsübung

Es folgte eine schier unendliche Debatte zum Thema Wohnbau. SP und Grüne, angeführt von Jacqueline Badran, hatten eine ganze Reihe Vorstösse eingereicht, die sie kurz vor den Wahlen am 7. März publikumswirksam behandeln wollten. Die Absicht ist klar: Sie wollen als ober-sozial in den Medien dargestellt werden. In Wahrheit begehen sie einfach eine Umverteilung an die eigene Wähler-Klientel, die Chancen auf eine günstige Wohnung erhält.

Die einzelnen Vorstösse waren zum Teil juristisch kompliziert, es geht um Buchgewinne von Landverkäufen, die an die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerbe-raum der Stadt Zürich (PWG) zur Erhöhung des Stiftungskapitals überwiesen werden sollen.

Weiter ging es um Baurechtsverträge mit gemeinnützigen Baurechtsträgern sowie um eine statistische Erhebung von Zweitwohnungen in der Stadt.

Stadtratskandidat und Fraktionschef Mauro Tuena, Stadtparteipräsident Roger Liebi und Theo Hauri umrissen in kurzen, prägnanten Voten die Positionen der SVP und zerzausten die linken Vorstösse.

Leider wurden sämtliche Vorstösse von der Ratsmehrheit überwiesen. Somit werden weitere marktfeindliche Eingriffe in den Zürcher Immobilienmarkt erfolgen. Den Investoren und Hauseigentümern wird das Leben noch schwerer gemacht. Die SVP muss am 7. März unbedingt an Stimmen zulegen und Mauro Tuena und Karl Zweifel in den Stadtrat bringen. Nur die SVP verfolgt bürgerliche Politik.

## Linke Schweizer Demokraten

Auch in dieser Debatte zeigte sich, dass die Schweizer Demokraten eine linke Partei sind. Sie stimmten praktisch ausnahmslos den linken Vorstösse zu. Daher muss jede Wählerin und jeder Wähler wissen: In Tat und Wahrheit sind die SD fremdendfeindliche, grüne Fundamentalisten. Wer SD wählt, gibt einer Linkspartei die Stimme.

## In den Stadtrat

Dr. med. Karl Zweifel  
Mauro Tuena

Unsere Stadtratskandidaten Gemeinderat und Fraktionspräsident Mauro Tuena sowie Dr. med. Karl Zweifel, die Gemeinderatskandidaten der SVP, Regierungsrat Ernst Stocker, Nationalrat Alfred Heer und die Mandatsträger der SVP Zürich Nord werden zu Ihnen sprechen. Auch Sie und alle Besucher haben die Gelegenheit, auf dem Schiit-Stock ihre Meinung zu äussern.

## REFERENTEN

- Mauro Tuena, Stadtratskandidat
- Dr. med. Karl Zweifel, Stadtratskandidat
- Ernst Stocker, Regierungsrat
- Alfred Heer, Nationalrat und Parteipräsident

Gesprächsleitung Christian Mettler, Kantonsrat

## EINLADUNG ZUR TRADITIONELLEN LICHTMESS

Samstag, 30. Januar 2010, 15.00 Uhr, Ziegelhöchi

Oberhalb Rest, Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse, 8051 Zürich  
(Tram Nr. 7 und 9 oder Bus Nr. 62, 63 und 79 bis Schwamendingerplatz)

Wir freuen uns auf Ihr Erscheinen:

Christian Mettler, Kantonsrat, Präsident SVP 12

mit gratis Wurst  
und Getränk

Es singt für Sie der Männerchor Schwamendingen.

www.svp-stadt-zuerich.ch

Mit Ihren Spenden helfen Sie uns, dieses Inserat und unseren Gemeinderatswahlkampf zu finanzieren.  
Vielen Dank. PC-Konto 80-21911-2

Schweizerische Volkspartei der Stadt Zürich



## SVP der Stadt Zürich

Wettbewerb:  
Mitglieder  
werben neue  
Mitglieder

Ein wichtiger Faktor für den Erfolg einer Partei ist die Stärke der Partei-Basis, d.h. die Anzahl ihrer Mitglieder. Im Hinblick auf die Wahlen vom 7. März 2010 wollen wir die Basis verstärken und weitere Mitglieder für die SVP-Politik begeistern.

Wer kann Menschen besser dazu motivieren, bei der SVP mitzumachen, als bestandene Mitglieder, die von der SVP-Politik überzeugt sind?

Deshalb rufen wir Mitglieder zur aktiven Mitarbeit auf, in ihrem persönlichen Umfeld neue Mitglieder für die SVP zu werben. Zusätzliche Anreize für das Engagement bei der Neu-Mitglieder-Werbung bietet der ab jetzt lancierte Neu-Mitglieder-Wettbewerb, der bis zu den Wahlen 2010 läuft.

Einen Hauptpreis gewinnen die vier Personen, die bis zu den nächsten Wahlen am meisten Neu-Mitglieder geworben haben.

## Was ist zu tun?

Werben Sie neue Mitglieder und senden Sie die ausgefüllten und unterschriebenen Beitritts-Erklärungen an das Sekretariat der SVP Stadt Zürich. Leere Formulare sind beim Sekretariat erhältlich.

Einsendeschluss: 28. Februar 2010. Die Gewinner werden persönlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb kann keine Korrespondenz geführt werden.

## Die Hauptpreise

1. Preis:  
**Zeppelin-Rundflug für 2 Personen**  
Rundflug mit dem Zeppelin (40 Minuten) ab Friedrichshafen (Wert 530 Euro).  
Sponsorin:  
Gemeinderätin Monika Erfigen
2. Preis:  
**Tête-à-Tête im exklusiven Lifestyle-Doppelzimmer mit Stadtsicht**  
Übernachtung inkl. romantischem 5-Gang-Schlemmermenü und Frühstücksbuffet im Hotel Uto Kulm auf dem Uetliberg im Wert von 405 Franken.  
Sponsor: Giuseppe Fry, Inhaber
3. Preis:  
**Schlemmen à la carte**  
Restaurant Muggenbühl, 8038 Zürich-Wollishofen.  
Gutschein Wert von 250 Franken.  
Sponsor: Inhaber und SVP-Kantonsrat Ernst Bachmann.
4. Preis:  
**Fondueplausch für 2 Personen**  
Restaurant Burgwies, 8008 Zürich.  
Gutschein im Wert von 100 Franken.  
Sponsor: Inhaber Freddy Lee jun.

## Die Monatspreise

Preise pro Monat:  
**Je zwei Gutscheine für Kino-Billette**  
Sponsorin:  
SVP-Frauengruppe Stadt Zürich  
Diese Preise gehen an jene Personen, die pro Monat am meisten Neu-Mitglieder geworben haben, und zwar in den Monaten November 2009, Dezember 2009, Januar 2010, Februar 2010



SVP der Stadt Zürich,  
Postfach 6612, 8050 Zürich  
Tel. 044 310 81 19 / Fax 044 310 36 62  
E-Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch

## Mitgliederversammlung

4. Februar 2010, Restaurant Elefant, von 19.00 Uhr bis zirka 21.00 Uhr

Mit Dr. Karl Zweifel und Mauro Tuena  
(Stadtratskandidaten)

Wir freuen uns, Sie herzlich zu unserer Mitgliederversammlung vom 4. Februar 2010 um 19.00 Uhr im Restaurant Elefant einzuladen.  
Gastredner sind Herr Dr. Karl Zweifel und Herr Mauro Tuena.

Wir freuen uns sehr auf Ihr Kommen.  
Mit besten Grüßen

Präsident Urs Fehr  
Präsident SVP Kreis 7





Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret...

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr...

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne...

Bezirk Meilen / Männedorf

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr...

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon

Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr...

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr...

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen

Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr...

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr...

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss

Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr...

Bezirk Winterthur / Elgg

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht...

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergrütli...

Junge SVP Kanton Zürich

Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck...

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus...

Stadt Winterthur / Wülflingen

Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen...

Stadt Zürich / Kreis 3

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone...

Stadt Zürich / Kreis 4/5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass...

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl...

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg...

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte...

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach / Nürensdorf

Mittwoch, 24. Februar 2010, 18.00-19.30 Uhr, Stadt Zürich, Giessereistrasse...

Bezirk Hinwil

Montag, 22. März 2010, 20.00 Uhr, Gasthof

Hirschen, Zürichstrasse 2, Hinwil, Sessionsveranstaltung mit Nationalrat Lukas Reimann.

Stadt Zürich / Kreis 1/2

Samstag, 30. Januar 2010, 9.00-11.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl...

Samstag, 13. Februar 2010, 9.30-11.30 Uhr, im Morgental, vor dem Café Mandarin...

Samstag, 27. Februar 2010, 9.30-11.30 Uhr, im Morgental, vor dem Café Mandarin...

Stadt Zürich / Kreis 3

Sonntag, 14. Februar 2010, 14.00-18.00 Uhr, Zentralstrasse 25, Restaurant Camping...

Stadt Zürich / Kreis 4/5

Samstag, 30. Januar 2010, 9.30-11.30 Uhr, Standaktion im Kreis 4 Wengi-Kernstrasse...

Samstag, 6. Februar 2010, 9.30-11.30 Uhr, Standaktion im Kreis 4 Wengi-Kernstrasse...

Samstag, 13. Februar 2010, 9.30-11.30 Uhr, Standaktion im Kreis 4 Wengi-Kernstrasse...

Samstag, 20. Februar 2010, 9.30-11.30 Uhr, Standaktion im Kreis 4 Wengi-Kernstrasse...

Samstag, 27. Februar 2010, 9.30-11.30 Uhr, Standaktion im Kreis 4 Wengi-Kernstrasse...

Stadt Zürich / Kreis 7

Donnerstag, 4. Februar 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon...

Stadt Zürich / Kreis 8

Dienstag, 9. Februar 2010, 19.30 Uhr, Witikonstrasse 279, Zentrum Witikon...

Stadtratskandidaten Mauro Tuena und Dr. Karl Zweifel. Für Speis und Trank wird gesorgt sein.

Stadt Zürich / Kreis 9

Samstag, 30. Januar 2010, 9.00-11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330...

Samstag, 6. Februar 2010, 9.00-11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen...

Samstag, 20. Februar 2010, 9.00-11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros...

Samstag, 27. Februar 2010, 9.00-11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen...

Stadt Zürich / Kreis 10

Donnerstag, 25. Februar 2010, 19.30 Uhr, Hönegg, Limmattalstrasse 228...

Stadt Zürich / Kreis 11

Freitag, 29. Januar 2010, 19.00 Uhr, Zürich-Affoltern, Terrain für Hundedressur...

Samstag, 30. Januar 2010, 9.30-12.00 Uhr, Affoltern beim Migros, Oerlikon...

Samstag, 6. Februar 2010, 9.30-12.00 Uhr, Affoltern beim Migros, Oerlikon...

Samstag, 13. Februar 2010, 9.30-12.00 Uhr, Affoltern beim Migros, Oerlikon...

Samstag, 20. Februar 2010, 9.15-13.00 Uhr, Affoltern von 10.00-13.00 Uhr...

Samstag, 27. Februar 2010, 9.30-12.00 Uhr, Affoltern beim Migros, Oerlikon...

Samstag, 6. März 2010, 9.30-12.00 Uhr, Affoltern beim Migros, Oerlikon...

Stadt Zürich / Kreis 12

Samstag, 30. Januar 2010, 15.00 Uhr, Ziegelhöchi, oberhalb Restaurant Ziegelhütte...

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich

Samstag, 30. Januar 2010, 9.00-12.00 Uhr, Albisriederplatz, Haltestelle Bus 33...

Samstag, 6. Februar 2010, 9.30-11.00 Uhr, im Kreis 2, beim Bistro Mandarin...

Samstag, 13. Februar 2010, 9.00-11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen...

Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller...

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller...

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich

Abonnementspreis jährlich: Parteimitglieder Fr. 48.- Nichtmitglieder Fr. 58.-

Redaktion: Seite 1-8

Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiant (gad.) Tel. 044 217 77 64

Mitarbeiter: Claudio Zanetti (zac.) Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme: «Zürcher Bote», Inserate Seestrasse 95, 8800 Thalwil

Inseratenschluss: Mittwoch 15.00 Uhr Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige

Druck und Abonnementsdienst: Stutz Druck AG Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller...

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz...

SVP-Frauen Kanton Zürich Donnerstag, 4. Februar 2010, 20.00 Uhr, Türöffnung, 19.30 Uhr im Gasthaus zur Krone...

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 5. Februar 2010, 13.30-17.30 Uhr, ETH Zürich, Semper-Aula (G 60), Panel-Debatte I...

Samstag, 27. Februar 2010, 9.00 Uhr, Gemeindefest, Schenkön Luzern, Referat von Nationalrat Hans Fehr...

10. Nationaler SVP-Jasscup in Näfels Glarus Samstag, 20. Februar 2010, 9.00-15.00 Uhr, Oberurnerstrasse, Sportzentrum Linth-Arena...

Zürcher Komitee «Ja zum fairen Umwandlungssatz» Donnerstag, 4. Februar 2010, 19.00 Uhr, Uster, Theaterstrasse 1...

Advertisement for SVP Familieninitiative event on Thursday, 4. February 2010 at Gasthof zur Krone, Pavillon. Includes a photo of a woman and a man, and details about the program and speakers.

Gestaltung: Karin Küster-Hofer · www.tgc.ch